

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 56 (1977)
Heft: 4

Artikel: Finanzpaket und Haushaltbudget
Autor: Graf, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339324>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Finanzpaket und Haushaltbudget

Bislang war die Debatte um das Finanzpaket weitgehend ein Expertengespräch. Wie weit der Bürger ganz persönlich betroffen sein werde bei Annahme der neuen Bundesfinanzierung durch die Volksabstimmung vom kommenden Juni, hat bisher kaum jemand untersucht.

Die wesentlichen Elemente des Pakets

Zunächst nochmals die wesentlichen Elemente des Pakets:

- bei den *indirekten Steuern* wird die heute gültige Warenumsatzsteuer (Wust) – die im Stadium vor der Warenverteilung erhoben wird – durch eine Steuer – die nach dem Prinzip des Mehrwertes erhoben wird – abgelöst werden, der Mehrwertsteuer (MWSt);
- bei den *direkten Steuern* werden die kleinen und mittleren Einkommen entlastet, die Sozialabzüge erhöht und die höheren Einkommen stärker belastet;
- bei den *Steuern von Bund und Kantonen* sollen vorab im formalen, mit der Zeit aber auch im materiellen Bereich Harmonisierungsmassnahmen eingeführt werden.

Mehrwertsteuer eine Inflationsquelle?

Die Mehrwertsteuer bringt dem Bund namhafte Mehreinnahmen, Einnahmen, die er in den letzten Jahren infolge des Zollabbaus, aber auch wegen des wirtschaftlichen Rückganges verloren hatte, obschon die Verpflichtungen des Bundes und damit seine Aufgaben erheblich zugenommen hatten. Es ist verständlich, dass sich eine solche Steuer auf die Preise auswirken wird. Man rechnet bei einer plötzlichen und vollumfänglichen Überwälzung der neuen Steuer auf die Endverbraucherpreise mit einer Zunahme des Lebenskostenindex um 2 bis 3 Prozent. Man darf aber davon ausgehen, dass die Auswirkungen nicht auf einen Schlag, sondern erst nach und nach fühlbar werden.

Für den Arbeitnehmer ist bedeutsam, dass die indirekten Steuern – also auch die Mehrwertsteuern – bei der Berechnung des für die Teuerungszulage massgeblichen Indexes der Konsumentenpreise berücksichtigt wird. Werden die Teuerungszulagen ausbezahlt, so wird die Teuerung, die durch die neue Steuer entsteht, wieder aufgefangen.

Und wenn das Volk nein sagt?

Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen. Aber wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Juni die Steuervorlage ablehnen, dann wird sich der Staat seine Mittel auf dem Notrechtswege beschaffen müssen. Solche Notrechtsmassnahmen sind von vornherein weniger «dif-

ferenziert», nehmen weniger Rücksicht auf unterschiedliche materielle Verhältnisse der Steuerzahler. Zudem müsste ein Teil des Sozialwerkes, der heute über die Mittel der Bundeskasse finanziert wird, durch Lohnprocente berappt werden. Am meisten würden so wiederum jene zur Kasse gebeten, die schon immer zu den am meisten Benachteiligten gehört haben. Von den zwar nicht aufsehenerregenden, aber doch spürbaren Reformen bei den direkten Steuern würden die kleinen und mittleren Einkommen nicht profitieren.

Niemand könnte garantieren, dass morgen nicht der Numerus clausus eingeführt würde, diesmal nicht wegen Platzmangels in den Universitäten, sondern weil das Geld für ein ausreichendes Stipendienwesen nicht vorhanden ist.

Mit dem Ja zur Mehrwertsteuer wird entschieden, ob der in den letzten Jahren geschaffene Sozialstaat gefestigt und im Sinne der Verfassung ausgebaut werden kann. Oder sollen jene recht bekommen, die den Staat nur als Nachtwächterstaat akzeptieren können, jene, die den Staat als Almosenverteiler und die Bürger als Bittsteller sehen wollen?

Nun gibt es links und rechts Gruppierungen, die wesentlich robuster und handfester politisieren, die nicht differenzieren, sondern die schwarzweiss malen. PdA und POCH schalten auf forsche Marschmusik um und behaupten, die Demontage des Sozialstaates sei bereits in vollem Gange. Sie sagen zur jetzigen Sparrunde nein. Sie können sich dieses Nein politisch leisten.

Eine solche Katastrophenpolitik bedeutet «Dopplet oder nüt», heisst nein zu einer Politik des Möglichen, bedeutet glasklar, das Mögliche am Unmöglichen scheitern zu lassen. PdA und POCH lehnen ja auch das Finanzpaket vom 12. Juni ab. Sie spekulieren auf linke Unzufriedenheit, sie setzen auf ideologische Sturheit und sie nehmen in Kauf, nach dem 12. Juni den ganz grossen Sozialabbau zu riskieren.

Rechts aussen lauert das «Komitee Letsch». In den Kommissionsverhandlungen über den Spar- und Finanzplan markierte Nationalrat H. Letsch demonstrative Uninteressiertheit. Er schwieg die ganzen Tage hindurch in allen Landessprachen. Darauf angesprochen, gab Letsch eher mürrisch zu verstehen, dass er am 12. Juni beim Nein bleiben werde. Für ihn geht die jetzige Sparübung viel zu wenig weit. Ihm fehlen auf dem Altar des «Vororts» mindestens noch zwei abgebaute Milliarden. Er will dem Schweizervolk nicht Kamillentee, sondern Rizinusöl verabreichen. Der grosse Durchfall scheint ihm das Angemessene zu sein.

Helmut Hubacher